



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 16.02.2011

Anwesend

Vorsitz

Beutel, Jens

Verwaltung

Beck, Günter
Sitte, Christopher
Merkator, Kurt
Reichel, Wolfgang
Grosse, Marianne

Stadtratsmitglieder

Becker, Astrid
Binz, Katharina
Bub, Kerstin
Dietz, David
Eckhardt, Gerd Dr.
Eder, Katrin
Egner, Herbert
Faber, Matthias
Faßbender, Ulrike
Flegel, Sabine (zu TOP 1)
Gerster, Thomas
Grodén-Kranich, Ursula
Gröninger, Markus
Heinisch, Gunther
Helm-Becker, Ansgar
Hirsch, Hannelore
Hofem, Dieter
Hofmann, Kai
Huck, Brian Dr.
Hözl, Gudrun
Jessen, Jens Prof. em. Dr.
Kinzelbach, Martin
Kloman, Nico
Konrad, Nadya
Konrad, Walter Dr.
Konrad, Walter
Koppius, Walter
Kracht, Martina
Kützing, MdL, Lars Dr.
Köbler, Daniel

Köbler-Gross, Sylvia
Leinen, Felix Prof. Dr.
Lensch, Eckart Dr.
Litzenburger, Andrea Dr.
Moerchel, Christian Dr.
Moseler, Claudius Dr.
Neger, Thomas
Pietsch, Michael Prof. Dr.
Pohl, Christine Dr.
Rösch, Matthias
Rößner, MdB, Tabea
Schreiner, MdL, Gerd
Schäfer, Herbert
Schönig, Hannsgeorg
Siebner, Claudia
Solbach, Norbert
Stenner, Ursula
Stritter, Stephan
Strutz, Harald
Sucher, Oliver
Trautmann, Klaus
Trautwein, Karin
Tress, Peter Dr.
Vicente, Miguel
Viering, Christian
Walter-Bornmann, Gerhard
Westrich, Sissi
Willius-Senzer, Cornelia

Schiffführung

Blessing, Detlef

Entschuldigt fehlen

Reichel, Wolfgang

Hafner, Klaus
Kretschmer, Johanna Dr.

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Gemeinsame Resolution von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ödp/Freie Wähler gegen die Zunahme des Fluglärms über Mainz

TEIL I

1. Wahl der bzw. des 4. hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Mainz
2. Verabschiedung des Haushalts 2011 / 2012
42. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

Anträge der Stadtratsfraktionen

3. Stärkung der Mainzer Innenstadt durch die Errichtung eines Einkaufszentrums mit Passage in der Ludwigsstraße (gem. Antrag SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP)
 - 3.1. Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP „Stärkung der Mainzer Innenstadt durch die Errichtung eines Einkaufszentrums mit Passage in der Ludwigsstraße“ (CDU)
4. Neuwahl der Mitglieder im Haupt- und Personalausschuss (ödp/Freie Wähler)
5. Stärkung der Ortsbeiräte – Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 5.1. Änderungsantrag zum Antrag 0357/2011 „Stärkung der Ortsbeiräte – Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln“ (ödp/Freie Wähler)
 - 5.2. Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Stärkung der Ortsbeiräte – Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln“ (CDU)
6. Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen (gemeinsamer Antrag SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 6.1. Ergänzungs- und Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen“ (CDU)
 - 6.2. Missstände an Mainzer Schulen beseitigen (CDU)

Anfragen der Stadtratsfraktionen

7. Einschränkung der Öffnungszeiten von Spielhallen (REP)
8. Förderungen von Fastnachtsvereinen nach der Mainzer Vereinsregelung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
9. Städtische Zahlungen an Asylbewerber in Mainz (REP)
10. Außenstände bei der Grundsteuer B und Hundesteuer aus den Jahren 2009 und 2010 (REP)
11. Unterkünfte für Wohnsitzlose im Winter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
12. Auslaufen von Zuschüssen im Sozialbereich
13. Umsetzung Regenerativer Energiepark Layenhof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
14. Zukunft der GFZ-Kaserne gestalten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
15. Entgeltungleichheit bei städtischen Beschäftigten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
16. Ersatzpflanzung von Bäumen bei Baumaßnahmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
17. Situation der Einzelhändler und Marktbeschicker bei Schneefall (FDP)
18. Schlaglöcher auf Mainzer Straßen (FDP)
19. Bebauung Areal Jugendwerk (REP)
20. Zur Antwort der Verwaltung zu Anfrage Nr. 2112/2010 wg. finanzieller Städtischer Unterstützung ausl. Vereine (REP)
21. Berufung eines Stadtarchäologen (CDU)
22. Hessische Schülerinnen und Schüler an Mainzer Schulen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
23. Umsetzung Gonsbach Renaturierung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- 23.1 Hilfestellung für Frauen nach EU-Osterweiterung (CDU)
- 23.2 Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab Vollendung des zweiten Lebensjahres (CDU)
- 23.3 Kostenerstattung für Schulbuchausleihe (CDU)
- 23.4 Verschwiegenheitsverpflichtung von Aufsichtsratsmitgliedern (CDU)

- 23.5 Entwicklung der Schlüsselzuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Mainz (FDP)
- 23.6 Buslinie 69 bis zur Fachhochschule sowie Buslinien (zum Beispiel 54 und 58) Kisselberg Richtung Hauptbahnhof bzw. umgekehrt (CDU)
- 23.7 Situation an Mainzer Schulen (CDU)
- 24. Fragestunde
 - 24.1. Frage von Gerhard Walter-Bornmann zur Stadtratssitzung am 16. Februar 2011

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

- 25. Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen
- 26. Wirtschaftsbetrieb Mainz
- 27. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
- 28. Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung
- 29. Ernährungsnotfallvorsorge
- 30. Landesjagdgesetz
- 31. Änderung Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung
- 32. Verstärkung des Kindesschutzes im Arbeitsbereich Vormundschaften und Pfllegschaften
- 33. Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013
- 34. Namensgebung für Realschule plus Altstadt
- 35. 2. Änderung Sanierungsgebiet "Gaustraße"
- 36. Bebauungsplanentwurf "Gonsbachtal - 1. Änderung (G 90/1.Ä)"
- 37. Bebauungsplanverfahren "Seniorenzentrum Lerchenberg (Le 1)"
- 38. Bauleitplanverfahren "He 111" (Aufstellungsbeschluss)

39. Wirtschaftsplan 2011

40. Investitionsprogramm 2010 - 2014

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

41. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

b) nicht öffentlich

43. Personalangelegenheiten
44. Aufnahme eines Investitionskredits
45. Haushaltsangelegenheiten
46. Wirtschaftliche Beteiligungen
47. Grundstücksangelegenheiten
48. Kunst im öffentlichen Raum in Mainz-Gonsenheim
49. Personalangelegenheit (Anfrage REP)
50. Verkauf von Grundstücken der Stadt Mainz (CDU)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Frau Kerstin Bub als Nachfolgerin von Frau Birgit Zehe-Clauß als neues Ratsmitglied der FDP-Fraktion eingeführt. Die Verpflichtung entfällt, da sie bereits als Ausschussmitglied verpflichtet ist.

Von der CDU-Fraktion wurde ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt, der mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit auf die Tagesordnung genommen als Tagesordnungspunkt 6.2 behandelt wird.

Weiterhin liegt eine gemeinsame Resolution mehrerer Fraktionen vor, die nach einigen kurzen Worten des Vorsitzenden ohne Aussprache beschlossen wird.

Die fristgerecht eingegangenen Anfragen Nr. 0366/2011 bis 0370/2011 sowie 0372/2011 und 0380/2011 werden unter den neuen Tagesordnungspunkten 23.1 bis 23.7, die Anfrage Nr. 0365/2011 im nichtöffentlichen Teil unter TOP 50 behandelt.

Ferner ist eine weitere Vorlage zum Haushalt (zu TOP 2.2) verteilt.

Weitere Haushaltsbegleitanträge wurden von den Fraktionen ödp/Freie Wähler, SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP, DIE REPUBLIKANER und der CDU sowie vom Jugendhilfeausschuss eingereicht.

Von ödp/Freie Wähler und der CDU wurden Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge vorgelegt.

Neue Fassungen ihrer Anträge wurden von ödp/Freie Wähler zu TOP 4 und von SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP zu TOP 3 vorgelegt.

Die Punkte 8 und 23.4 liegen in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters.

Von der Tagesordnung wird Punkt 48 (Kunst im öffentlichen Raum) abgesetzt.

Ein Antrag von Frau Dr. Litzenburger, Tagesordnungspunkt 46.7 von der Tagesordnung abzusetzen, findet nicht die in der GemO geforderte 2/3-Mehrheit.

Herr Hofem kündigt zu Tagesordnungspunkt 6 einen Änderungsantrag an, für den vom Vorsitzenden um Schriftform gebeten wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Gemeinsame Resolution von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ödp/Freie Wähler gegen die Zunahme des Fluglärms über Mainz**
Vorlage: 0388/2011

Einstimmig und ohne Aussprache verabschiedet der Stadtrat die gemeinsame Resolution gegen die Zunahme des Fluglärms über Mainz.

TEIL I

Punkt 1 **Wahl der bzw. des 4. hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Mainz**

Punkt 1.1 **Wahlvorschläge**

Punkt 1.2 **Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber**

Punkt 1.3 **Aussprache**

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes teilt Oberbürgermeister Beutel zunächst mit, dass nach § 50 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vor der Wahl die Reihenfolge der allgemeinen Vertretungsbefugnis des Oberbürgermeisters durch den Stadtrat festzulegen ist. Diese Festlegung wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates am 16.12.2009 getroffen. Danach ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. Allgemeiner Vertreter des Oberbürgermeister Bürgermeister Beck
2. Beigeordneter Sitte
3. Beigeordneter Merkator
4. Die/Der zu wählende hauptamtliche Beigeordnete
5. Beigeordnete Grosse

Weiterhin überträgt nach § 50 Abs. 3 und 4 GemO der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrates die Leitung einzelner Geschäftsbereiche auf hauptamtliche Beigeordnete.

Der ab dem 10.02.2010 gültige Dezernatsverteilungsplan gilt weiterhin, so dass nunmehr die Wahl erfolgen kann. Der Vorsitzende bittet zunächst um Vorschläge.

Von der Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wird von Herrn Gröninger Stadtratsmitglied Katrin Eder, von der Fraktion *ödp/Freie Wähler* wird von Herrn Prof. Leinen Stadtratsmitglied Dr. Claudius Moseler vorgeschlagen. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Die vorgeschlagenen Personen stellen sich sodann einzeln vor. Danach folgen Fragen von den Ratsmitgliedern an die Bewerberin bzw. den Bewerber. Der Stadtrat bildet sodann die Wahlkommission, die aus den Ratsmitgliedern Thomas Gerster (CDU), Martin Kinzelbach (SPD), Dr. Brian Huck (*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*), Kerstin Bub (FDP), Prof. Felix Leinen (*ödp/Freie Wähler*), Matthias Faber (*DIE REPUBLIKANER*) und Dieter Hofem (*DIE LINKE*) besteht. Nachdem die Wahlkommission, der als Schriftführer Detlef Blessing angehört, ihren Platz eingenommen hat, erfolgt namentlicher Aufruf der einzelnen Ratsmitglieder für die Wahlhandlung.

Nach Abschluss der Wahlhandlung sowie der Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission gibt der Vorsitzende das Ergebnis entsprechend der Wahlniederschrift, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist, bekannt.

Danach entfallen auf Bewerberin Katrin Eder 31 Stimmen, auf den Bewerber Dr. Claudius Moseler 22 Stimmen, 5 Stimmzettel gelten als Enthaltungen bzw. waren ungültig. Damit ist Frau Eder zur 4. hauptamtlichen Beigeordneten gewählt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Frau Eder die Wahl annimmt, antwortet diese mit „Ja“.

Im Anschluss hieran teilt der Oberbürgermeister mit, dass die Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung zur hauptamtlichen Beigeordneten für die Dauer von 8 Jahren in einer späteren Stadtratssitzung stattfinden werde.

Punkt 2 **Verabschiedung des Haushalts 2011 / 2012**

Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden bzw. der finanzpolitischen Sprecher, Herrn Hannsgeorg Schönig (CDU), Herrn Miguel Vicente (SPD), Herrn Daniel Köbler (*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*), Herrn Walter Koppius (FDP), Herrn Prof. Felix Leinen (*ödp/Freie Wähler*), Herrn Prof. Jens Jessen (*DIE REPUBLIKANER*) und Herrn Dieter Hofem (*DIE LINKE*.) sind als Anlagen der Niederschrift beigelegt.

Im Einzelnen fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

Punkt 2.13 **Zu TOP 2: Haushaltsbegleitantrag der CDU zum Haushaltsentwurf 2011/2012** **Vorlage: 0384/2011**

Der Antrag Nr. 0384/2011 der CDU wird mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2.9 **Haushaltssolidierung vorantreiben, Haushaltsbegleitantrag zum TOP 2, Verabschiedung Doppelhaushalt 2011/2012 (SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 0377/2011

Der gemeinsame Antrag Nr. 0377/2011 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird mit Mehrheit beschlossen.

Punkt 2.8 **Begleitantrag zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 0361/2011

Der Antrag Nr. 0361/2011 der Fraktion ödp/Freie Wähler wird mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2.11 **Begleitantrag zum Haushaltsentwurf für die Jahre 2011/2012 (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 0382/2011

Der Antrag Nr. 0382/2011 der Fraktion ödp/Freie Wähler wird ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2.12 **Haushaltsbegleitanträge zum Haushaltsentwurf 2011/ 2012 (REP)**
Vorlage: 0383/2011

Der Antrag Nr. 0383/2011 der Fraktion DIE REPUBLIKANER wird gegen die Stimmen der Antragstellerin mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2.7 **Haushaltsentwurf 2011/2012 ablehnen (DIE LINKE.)**
Vorlage: 0354/2011

Der Antrag Nr. 0354/2011 der Fraktion DIE LINKE. wird gegen die Stimmen der Antragstellerin mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2.1 **Entwurf Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012 sowie Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs**
Vorlage: 2333/2010

Dem beiliegenden Entwurf sowie den Ergänzungen des Verwaltungsentwurf (Anlagen 1 und 2) zum Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012 wird mehrheitlich zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.12.2010 sowie die Aktualisierung vom 23.12.2010.

Punkt 2.2 **Entwurf Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012;**
hier: Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs (Ergebnishaushalt = 3.
Nachmeldung; Finanzhaushalt = 2. Nachmeldung) sowie Vollzugs-
bestimmungen
Vorlage: 0266/2011

Den Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs sowie Vollzugsbestimmungen zum Doppelhaushaltsplan 2011/2012 wird nach Maßgabe der Anlagen 1 bis 3 mehrheitlich zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.02.2011.

Zu Punkt 2.2 **Entwurf Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2011/2012;**
hier: Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs
(Ergebnishaushalt = 4. Nachmeldung; Finanzhaushalt = 3. Nach-
meldung) sowie Verpflichtungsermächtigungen
Vorlage: 0378/2011

Den Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs sowie Verpflichtungsermächtigungen zum Doppelhaushaltsplan 2011/2012 wird nach Maßgabe der Anlagen 1 bis 3 mehrheitlich zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.02.2011.

Punkt 2.6 **Abbildung von Kennzahlen im Doppelhaushaltsplan 2011/2012**
Vorlage: 2131/2010

Dem beiliegenden Entwurf über die Abbildung von Finanzkennzahlen im Doppelhaushaltsplan 2011/2012 und der zukünftigen Haushaltsjahre wird mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen, drei Enthaltungen) zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 2.3 **Stellenplan 2011/2012**
Vorlage: 0184/2011

In einer Einzelabstimmung werden die 15,5 Stellen für die Verkehrsüberwachung bei fünf Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Der übrige aktuelle Stellenplan wird für die Jahre 2011 und 2012 gemäß beigefügter Anlage 1* fortgeschrieben und durch die in Anlage 2a), 2b) und 3 ersichtlichen Stellenneuschaffungen, -erweiterungen und -anhebungen verändert und wird in dieser Form mehrheitlich beschlossen.

* Hinweis:

Der Stellenplan 2011/2012 wurde am 08.12.2010 in den Stadtrat eingebracht und ist vorliegend um zwischenzeitliche redaktionelle Änderungen ergänzt. Sobald die für die 4. KW angekündigten abschließenden Stellungnahmen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier zum Stellenplan 2010 und zum Nachtragsstellenplan 2010 vorliegen, wird die Verwaltung die daraus evtl. resultierenden Änderungen direkt in die Haushaltsberatung einbringen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.01.2011.

Punkt 2.5 **Entwurf Sonderhaushalte der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds für den Doppelhaushaltsplan 2011/2012; hier: Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs**
Vorlage: 0267/2011

Den Ergänzungen des Verwaltungsentwurfs zum Doppelhaushaltsplan 2011/2012 wird nach Maßgabe der Anlage 1 mehrheitlich zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.02.2011.

Punkt 2.10 **Haushaltsplanentwurf 2011/2012; Beratung des Verwaltungsentwurfs (Antrag JHA)**
hier: Teilhaushalt - Amt für Jugend und Familie
Vorlage: 0379/2011

Da der Antrag bereits in den Haushaltsplan- und Stellenplanentwurf eingearbeitet ist, beschließt der Stadtrat deklaratorisch:

Im Haushaltsplanentwurf 2011/2012, Teilhaushalt Amt für Jugend und Familie wer-

den folgende Änderungen berücksichtigt:

Der Haushaltsansatz für „Kinderfreundliches Mainz“ wird von 100.000 € auf 200.000 € im Haushaltsjahr 2011 erhöht.

Zur Sicherung der Fortführung des Mehrgenerationenhauses/Römerquelle ist für das Diakonische Werk Mainz-Bingen vorsorglich im Haushaltsjahr 2011 (L 360309002) ein Zuschuss in Höhe von 10.000 € vorzusehen. Grund dafür ist der Wegfall der Kofinanzierung durch Bundesmittel zum 30.09.2011. Sollte eine Anschlussfinanzierung durch neue Bundesmittel scheitern, sollen zum Erhalt des Mehrgenerationenhauses / Römerquelle ab dem Jahr 2012 jährlich 40.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Der Jugendhilfeausschuss erinnert daran, dass die Zuschüsse, trotz gestiegener Kosten für die Träger, seit Jahren nicht erhöht wurden und appelliert an die Politik, von der Deckelung der Zuschüsse künftig abzusehen.

Am Ende der Beratungen ermächtigt der Stadtrat die Verwaltung, sämtliche Beschlüsse in den Verwaltungsentwurf zur Erstellung der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2011/2012 einzuarbeiten. Die Verabschiedung soll in der Sitzung des Stadtrates am 13.04.2011 erfolgen.

Punkt 42 **Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]**

Eine Frage von Herrn Zeitmann wird von Bürgermeister Beck beantwortet. Auf eine weitere Frage von Herrn Klöckner, warum energiepolitische Fragen im Umweltausschuss nicht behandelt worden seien, teilt Oberbürgermeister Beutel mit, dass der zuständige Dezernent bedauerlicherweise wegen Erkrankung nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Die Frage werde jedoch an ihn weitergeleitet.

Anträge der Stadtratsfraktionen

Punkt 3 **Stärkung der Mainzer Innenstadt durch die Errichtung eines Einkaufszentrums mit Passage in der Ludwigsstraße (gem. Antrag SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP)**
Vorlage: 0247/2011/1

Punkt 3.1 **Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP "Stärkung der Mainzer Innenstadt durch die Errichtung eines Einkaufszentrums mit Passage in der Ludwigsstraße" (CDU)**
Vorlage: 0247/2011/2

Der gemeinsame Antrag von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und FDP wird von Herrn Koppius, Herrn Dr. Kützing und Herrn Dr. Huck begründet. Hieran anschließend begründet Herr Dr. Eckhardt den CDU-Ergänzungsantrag.

In seiner Stellungnahme für die Fraktion ödp/Freie Wähler beantragt Herr Dr. Moseler die Überweisung beider Anträge zur weiteren Behandlung an den Bau- und Sanierungsausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss.

Nach einer kurzen Stellungnahme des Wirtschaftsdezernenten fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

1. Die Überweisung der beiden Anträge an die Fachausschüsse wird mehrheitlich abgelehnt.
2. Der gemeinsame Antrag von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und FDP wird bei drei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.
3. Der Ergänzungsantrag der CDU wird einstimmig – bei zwei Enthaltungen – an die beiden Fachausschüsse verwiesen.

Punkt 4 **Neuwahl der Mitglieder im Haupt- und Personalausschuss**
(ödp/Freie Wähler)
Vorlage: 0326/2011/1

Herr Dr. Moseler begründet den Antrag seiner Fraktion mit dem Hinweis, dass durch den Wechsel des Herrn Egner von der Fraktion ödp/Freie Wähler zur FDP-Fraktion kein Sitz mehr für seine Fraktion im Haupt- und Personalausschuss vorhanden sei, dafür habe die FDP-Fraktion jetzt faktisch zwei Sitze. Um diese Ungerechtigkeit zu beheben, werde deshalb gebeten, dem Antrag zuzustimmen.

Auf eine Bitte von Herrn Dr. Huck an den Vorsitzenden, die Rechtslage zu erläutern, erklärt Oberbürgermeister Beutel, dass für eine Neuwahl der Ausschüsse eine Veränderung des Stärkeverhältnisses der im Stadtrat vertretenen politischen Gruppen zwingende Voraussetzung sei. Dies treffe jedoch nur dann zu, wenn sowohl die Fraktions- als auch die Parteizugehörigkeit aufgegeben werde. Dies treffe im vorliegenden Fall nicht zu. Sollte dem Antrag zugestimmt werden, müsse der Vorsitzende die Ausführung des Beschlusses wegen Rechtswidrigkeit aussetzen.

In Kenntnis dieser Sachlage lehnt der Stadtrat den Antrag bei drei Ja-Stimmen sowie Enthaltungen der CDU-Fraktion mit Mehrheit ab.

Nach der Abstimmung erklärt Herr Dr. Moseler, dass er sich vorbehalte, weitere rechtliche Schritte einzuleiten.

- Punkt 5** **Stärkung der Ortsbeiräte - Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 0357/2011
- Punkt 5.1** **Änderungsantrag zum Antrag 0357/2011 "Stärkung der Ortsbeiräte - Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln" (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 0357/2011/1
- Punkt 5.2** **Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP "Stärkung der Ortsbeiräte - Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln" (CDU)**
Vorlage: 0357/2011/2

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Frau Kracht, Herrn Heinisch und Herrn Egnor begründet. Ziel dieses Antrages sei es, ein Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements für Mainz zu entwickeln. Dabei solle der Forderungskatalog, der bereits im Jahre 2007 von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe entwickelt wurde, in die Gesamtstrategie eingearbeitet werden. Ein erster Schritt, den Ortsbeiräten mehr Kompetenzen zu übertragen, sei die in Nr. 2 des Antrages formulierte Möglichkeit, wichtige Angelegenheiten aus den Ortsbeiräten in den Stadtrat zu transportieren.

In ihrer Begründung des Ergänzungsantrages erklärt Frau Groden-Kranich für die CDU, dass es auch im Interesse ihrer Fraktion liege, eine Kompetenzerweiterung der Ortsbeiräte zu erreichen. Auch die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher müssten hierbei einbezogen werden, was auch der Punkt 3 des Ergänzungsantrages aufgreife. Im übrigen werde ihre Fraktion den gemeinsamen Antrag mittragen.

Demgegenüber erklärt Herr Konrad in seiner Begründung des Änderungsantrages, dass die genannten Punkte zwar richtig seien, aber noch lange nicht weit genug gehen. Deshalb plädiere man von Seiten der Fraktion ödp/Freie Wähler dafür, die in ihrem Antrag genannte Arbeitsgruppe einzurichten, um weitergehende Möglichkeiten der Kompetenzerweiterung zu eruieren.

Für die Fraktion DIE REPUBLIKANER, so Herr Stritter, zeige sich immer wieder, dass die Übertragung von Kompetenzen auf die Ortsbeiräte zwar immer wieder propagiert würden, jedoch seitens der Ratsfraktionen nie der Mut gefasst worden sei, dies auch entsprechend umzusetzen. Insofern seien diese Absichtserklärungen nur als Lippenbekenntnisse zu werten. Man solle Mut fassen und Taten folgen lassen.

Für die Verwaltung nimmt Oberbürgermeister Beutel Stellung und stellt fest, dass der Fokus der Diskussion hauptsächlich auf die Beteiligung der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und der Ortsbeiräte gelegt worden sei. Wichtig sei aber auch, einen konstruktiven Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu führen. Es

sei zwar wichtig, dass die Ortsbeiräte, die vor Ort im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, stärker eingebunden werden müssten. Es sei jedoch genauso wichtig, dass Rat und Verwaltung die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und in Kooperation mit diesen gemeinsam zu Lösungsmöglichkeiten kämen. Insofern sei es auch nach seiner Auffassung wichtig, ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln.

Am Ende der Aussprache wird zunächst der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei drei Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen. Die Ziffern 3 und 4 des Ergänzungsantrages der CDU werden einstimmig – bei drei Enthaltungen – beschlossen. Die Ziffer 5 des Ergänzungsantrages wird nicht zur Abstimmung gestellt, da diese Frage nicht in der Befassungskompetenz des Rates liegt, sondern in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters fällt. Der Änderungsantrag der Fraktion ödp/Freie Wähler ist mit vorstehenden Beschlussfassungen erledigt.

Punkt 6 **Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen (gemeinsamer Antrag SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 0360/2011

Punkt 6.1 **Ergänzungs- und Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP "Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen" (CDU)**
Vorlage: 0360/2011/1

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von den Herren Köbler, Hofmann und Dietz begründet, die Begründung des Ergänzungs- und Änderungsantrages der CDU übernimmt Frau Siebner, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE begründet Frau Hölzl.

Nach einer kurzen Stellungnahme von Beigeordnetem Merkator für die Verwaltung, wird von den Antragstellern erklärt, dass die Ziffer 1 des Ergänzungsantrages der CDU von der Koalition übernommen werde.

Der gemeinsame Antrag – einschließlich Ziffer 1 des Ergänzungsantrages der CDU – wird gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE mit großer Mehrheit beschlossen. Die übrigen Punkte des CDU-Antrages werden mit Mehrheit abgelehnt. Ebenso wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – bei Ja-Stimmen der Antragstellerin – mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 6.2 **Misstände an Mainzer Schulen beseitigen (CDU)**
Vorlage: 0387/2011

Nach Aufruf des Dringlichkeitsantrages schlägt Herr Sucher vor, den Antrag ohne Aussprache an den Schulträgerausschuss zu verweisen. Diesem Vorschlag wird von der Antragstellerin nicht gefolgt, es werde jedoch einer Reduzierung der Redezeit auf zwei Minuten pro Fraktion zugestimmt. Der Antrag wird sodann von Frau Trautwein begründet.

In ihren Stellungnahmen für die SPD (Herr Sucher), *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* (Frau Rößner) und FDP (Frau Willius-Senzer) wird darauf hingewiesen, dass zum einen im Haushaltsantrag der CDU keinerlei Hinweise auf die Dringlichkeit vorhanden seien. Auch die Dringlichkeit des Antrages selbst sei nicht erkennbar, da diese Missstände bereits seit Jahren, nicht erst in der letzten Woche entstanden seien. Deshalb sei eine Diskussion im Schulträgerausschuss der richtige Weg.

Beigeordneter Merkator und Beigeordnete Grosse verweisen auf die Mittel, die für die Schulen im Haushalt eingestellt seien. Man sei seit Monaten dabei, regelmäßig Gespräche in den Schulen zu führen, wenn bauliche Veränderungen anstehen. Sowohl im Bau- und Sanierungsausschuss als auch im Werkausschuss der GWM und im Schulträgerausschuss seien für alle Maßnahmen einstimmige Beschlüsse gefasst worden. Der Antrag sei konträr zu diesen Beschlüssen und insofern unverständlich.

Am Ende der Aussprache wird der Antrag einstimmig an den Schulträgerausschuss überwiesen.

In einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung kündigt Frau Dr. Litzenburger zu Tagesordnungspunkt 23.7 eine aktuelle halbe Stunde an, da man die Äußerungen der beiden Dezernenten so nicht stehen lassen könne.

Anfragen der Stadtratsfraktionen

Punkt 7 **Einschränkung der Öffnungszeiten von Spielhallen (REP)**
Vorlage: 2366/2010

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Ordnungsdezernenten zur Kenntnis.

Punkt 8 **Förderungen von Fastnachtsvereinen nach der Mainzer Vereinsregelung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0172/2011

Die Anfrage wurde von Oberbürgermeister Beutel beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 2.4 **Entwurf Sonderhaushalte der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds für den Doppelhaushaltsplan 2011/2012**
Vorlage: 2178/2010

Dem beiliegenden Entwurf wird mehrheitlich zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.11.2010.

Punkt 9 **Städtische Zahlungen an Asylbewerber in Mainz (REP)**
Vorlage: 0078/2011

Zu der Antwort von Beigeordnetem Merkator werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 10 **Außenstände bei der Grundsteuer B und Hundesteuer aus den Jahren 2009 und 2010 (REP)**
Vorlage: 0079/2011

Zu der Antwort des Finanzdezernenten stellt Herr Stritter die Zusatzfrage, wie viel der in Ziffer 3 genannten Summe von 11.046.892,37 € bereits eingegangen sei. Hierzu wird mitgeteilt, dass Herr Bürgermeister Beck die Antwort schriftlich nachreichen werde.

Punkt 11 **Unterkünfte für Wohnsitzlose im Winter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0173/2011

Zu der von Sozialdezernent Merkator vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.

Punkt 12 **Auslaufen von Zuschüssen im Sozialbereich (Bündnis 90/Die Grüne)**
Vorlage: 0174/2011

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 13 **Umsetzung Regenerativer Energiepark Layenhof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0248/2011

Zu der von Umweltdezernent Reichel vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 14 **Zukunft der GFZ-Kaserne gestalten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0288/2011

Die Anfrage wurde von Herrn Oberbürgermeister Beutel beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 15 **Entgeltungleichheit bei städtischen Beschäftigten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0289/2011

Der Stadtrat nimmt die Antwort des Oberbürgermeisters ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 16 **Ersatzpflanzung von Bäumen bei Baumaßnahmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0290/2011

Die Anfrage von Herrn Beigeordneten Reichel liegt vor. Zwei Zusatzfragen von Herrn Dr. Huck werden vom Leiter des Umweltamtes, Herrn Jahns, in Vertretung des erkrankten Beigeordneten Reichel ebenfalls beantwortet.

Punkt 17 **Situation der Einzelhändler und Marktbeschicker bei Schneefall (FDP)**
Vorlage: 0327/2011

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Reichel ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 18 **Schlaglöcher auf Mainzer Straßen (FDP)**
Vorlage: 0328/2011

Zu der von Beigeordnetem Reichel vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 19 **Bebauung Areal Jugendwerk (REP)**
Vorlage: 0331/2011

Zu der von Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort stellt Herr Stritter folgende Zusatzfragen:

1. Wie kann weitere Abholzung großer Bäume vermieden werden?
2. Wer war legitimiert, Abrissarbeiten durchzuführen?

Hierauf antwortet Frau Beigeordnete Grosse, dass alle in diesem Bereich stattgefundenen Aktivitäten mit allen Beteiligten einvernehmlich abgestimmt worden seien.

Punkt 20 **Zur Antwort der Verwaltung zu Anfrage Nr. 2112/2010 wg. finanzieller städtischer Unterstützung ausl. Vereine (REP)**
Vorlage: 0332/2011

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Beutel wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 21 **Berufung eines Stadtarchäologen (CDU)**
Vorlage: 0342/2011

Zu der Antwort der Verwaltung fragt Herr Dr. Konrad nach, ob dieses Thema nochmals im Kulturausschuss diskutiert werden könne. Beigeordnete Grosse sagt dies zu.

Punkt 22 **Hessische Schülerinnen und Schüler an Mainzer Schulen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0358/2011

Die Anfrage sowie zwei Zusatzfragen von Frau Rößner wurden von Beigeordnetem Merkator beantwortet.

Punkt 23 **Umsetzung Gonsbach Renaturierung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0359/2011

Zu der von Beigeordnetem Reichel vorgelegten Antwort regt Herr Gröninger an, eine erweiterte Bürgerbeteiligung durchzuführen. Hierzu teilt Herr Jahns mit, dass bereits vom Umweltdezernenten eine umfassende Bürgerinformation angekündigt worden sei, worin diese Anregung aufgegriffen werden könne.

Punkt 23.1 **Hilfegewährung für Frauen nach EU-Osterweiterung (CDU)**
Vorlage: 0366/2011

Die Anfrage sowie Nachfragen von Frau Siebner werden von Beigeordnetem Merkator beantwortet.

Punkt 23.2 **Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
ab Vollendung des zweiten Lebensjahres (CDU)**
Vorlage: 0367/2011

Von der Zwischeninformation nimmt der Stadtrat Kenntnis.

Punkt 23.3 **Kostenerstattung für Schulbuchausleihe (CDU)**
Vorlage: 0368/2011

Auf Nachfrage von Herrn Solbach, wann mit den endgültigen Zahlen zu rechnen sei, erläutert Beigeordneter Merkator, dass die Information für den Ausschuss im Mai vorgesehen sei. Sollten die Ergebnisse früher vorliegen, würden diese auch unverzüglich bekannt gegeben werden.

Punkt 23.4 **Verschwiegenheitsverpflichtung von Aufsichtsratsmitgliedern (CDU)**
Vorlage: 0369/2011

Zu der Antwort des Oberbürgermeisters erklärt Herr Dr. Eckhardt, dass nach wie vor auf der Webseite der SPD eine Information hierüber vorhanden sei und fragt nach, was die Verwaltung gedenke, hiergegen zu tun. Im Übrigen seien die Behauptungen, die seine Person betreffen, auch unzutreffend. Deshalb seine weitere Frage, ob Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht auch in der Zukunft ungeahndet bleiben würden.

Oberbürgermeister Beutel erklärt, dass selbstverständlich die SPD aufgefordert werde, den Eintrag zu löschen. Ergänzend bietet Bürgermeister Beck an, im Aufsichtsrat hierüber noch einmal zu diskutieren.

Punkt 23.5 **Entwicklung der Schlüsselzuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Mainz (FDP)**
Vorlage: 0370/2011

Zu der von Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 23.6 **Buslinie 69 bis zur Fachhochschule sowie Buslinien (zum Beispiel 54 und 58) Kesselberg Richtung Hauptbahnhof bzw. umgekehrt (CDU)**
Vorlage: 0372/2011

Zu der Antwort zu Frage 3 bittet Frau Siebner um Informationen bezüglich des Zeitplanes. Hierzu wird mitgeteilt, dass diese schriftlich nachgereicht würden.

Punkt 23.7 **Situation an Mainzer Schulen (CDU)**
Vorlage: 0380/2011

Eine Nachfrage von Frau Dr. Litzenburger, ob aus der Amtszeit von Herrn Krawietz bekannt sei, dass jemals ein Schultag ausgefallen sei, wird von Oberbürgermeister Beutel verneint.

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet antragsgemäß eine aktuelle halbe Stunde statt, an der sich Frau Dr. Litzenburger, Herr Helm-Becker, Herr Solbach, Herr Hei-

nisch, Herr Walter-Bornmann, Frau Stenner, Herr Dr. Eckhardt, Beigeordnete Grosse sowie Beigeordneter Merkator beteiligen.

Punkt 24 **Fragestunde**

Punkt 24.1 **Frage von Gerhard Walter-Bornmann zur Stadtratssitzung am 16. Februar 2011**
Vorlage: 2362/2010

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 25 **Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen**

Punkt 25.1 **Sachstandsbericht zu Antrag 1917/2010; Umsetzung des Energiekonzeptes Mainz 2005-2015 und Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Mainz**
Vorlage: 2332/2010

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.02.2011.

Punkt 25.2 **Sachstandsbericht zu Antrag 0375/2007 Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Antrag 0118/2010 Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt**
hier: Armuts-Monitoring - Armut besser bekämpfen - Förderinstrumente gezielter einsetzen
und: Einrichtung eines Runden Tisches zur Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe/Aufbau von Präventionsketten
Vorlage: 2330/2010

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Erneute Berichterstattung erfolgt in zwei Jahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.01.2011.

Punkt 25.3 **Sachstandsbericht zu Antrag 137/1993 der CDU, Freigabe und Unterschutzstellung militärisch genutzter Flächen des Großen Sandes**
Vorlage: 2239/2009

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und legt eine erneute Berichterstattung im Dezember 2012 fest.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.01.2011.

Punkt 25.4 **Sachstandsbericht zu Antrag 58/2003 SPD Stadtratsfraktion, Rheinufergestaltung im Bereich Mombach**
Vorlage: 2236/2009

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt, einen erneuten Sachstandsbericht in einem Jahr vorzulegen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.01.2011.

Punkt 25.5 **Sachstandsbericht zu Antrag 134/2002 SPD Stadtratsfraktion, Zukunftsentwurf Mombacher Rheinufer**
Vorlage: 2238/2009

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und bittet um erneuten Sachstandsbericht in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.01.2011.

Punkt 25.6 **Sachstandsbericht zu Antrag 142/1993 SPD hier: Militärübungen im Mainzer Sand**
Vorlage: 0097/2011

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2011.

Punkt 25.7 **Sachstandsbericht zu Antrag 41/2006 CDU; hier: Ausgleichsflächenmanagement und Regionalparkplanung und Änderungsantrag der FDP**
Vorlage: 0106/2011

Einstimmig erklärt der Stadtrat den Antrag für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.01.2011.

Punkt 25.8 **Sachstandsbericht zu Antrag 0845/2009**
hier: Barrierefreier Einstieg in die S-Bahn
Vorlage: 0104/2011

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den Sachverhalt in 2 Jahren wieder in die Beratungen aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2011.

Punkt 25.9 **Sachstandsbericht zu Antrag 0834/2010 der Stadtratsfraktion**
ödp/Freie Wähler; Ergänzungsantrag 0834/2010/1 der CDU Stadt-
ratsfraktion sowie gemeinsamer Änderungsantrag 0834/2010/2 der
Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
hier: Einrichtung sinnvoller Park and Ride-Anlagen
Vorlage: 0152/2011

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt, den Antrag in einem Jahr erneut aufzurufen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2011.

Punkt 25.10 **Sachstandsbericht zu Antrag 1081/2010**
hier: Mobilitätsmanagement der Stadt Mainz (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Vorlage: 0153/2011

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Wiedervorlage erfolgt in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2011.

Punkt 25.11 **Sachstandsbericht zu Antrag 0688/2009 der CDU-Stadtratsfraktion;**
hier: Entwicklung GFZ-Kasernengelände

Vorlage: 2273/2010

Der Stadtrat beschließt, den Antrag in einem Jahr erneut zur Beratung aufzurufen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.01.2011.

Punkt 25.12 **Sachstandsbericht zu Antrag 605/2008 FDP-Stadtratsfraktion;**
hier: Ertragskraft und Transparenz städtischer Unternehmen und Be-
teiligungen steigern und Ergänzungsantrag ödp/Freie Wähler
Vorlage: 0092/2011

Der Antrag wird einstimmig für erledigt erklärt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.01.2011.

Punkt 26 **Wirtschaftsbetrieb Mainz;**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für die Wirtschaftsjahre 2011
bis 2013
Vorlage: 0112/2011

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Bestellung der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 14, 55130 Mainz, als sachverständigen Abschlussprüfer für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2011.

Punkt 27 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponso-
ringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendun-
gen
Vorlage: 0052/2011

Die in der Anlage beigefügten Listen über die in den Haushaltsjahren 2008, 2009, 2010 und 2011 geleisteten Zuwendungen/Sponsoringleistungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringbeträge 0058/2009 aus 2009, 0086/2010, 0109/2010, 0111/2010, 0117/2010, und 0120/2010 aus 2010 sowie 0003/2011, 0006/2011, 0007/2011, 0008/2011, 0010/2011 und 0012/2011 aus 2011 wird einstimmig zugestimmt.

Die Nr. 0005/2011 wird bei zwei Gegenstimmen beschlossen.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.02.2011.

Punkt 28 **Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen**
Vorlage: 0233/2011

Dem Erlass der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen auf dem Gebiet der Stadt Mainz vom 16.02.2011 durch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Mainz als örtliche Ordnungsbehörde wird einstimmig zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2011.

Punkt 29 **Ernährungsnotfallvorsorge; Zweckvereinbarung zwischen der kreisfreien Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen zur Übertragung von Aufgaben der Ernährungsnotfallvorsorge**
Vorlage: 0237/2011

Der Zweckvereinbarung zwischen der kreisfreien Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen zur Übertragung von Aufgaben der Ernährungsnotfallvorsorge wird ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2011.

Punkt 30

Landesjagdgesetz:

Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Mainz-Bingen gemäß § 12 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) i. V. m. § 46 Abs. 1 Satz 2 Landesjagdgesetz (LJG)

Vorlage: 0243/2011

Der als Anlage beigefügten Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Mainz-Bingen und der kreisfreien Stadt Mainz im Hinblick auf die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben nach § 46 Abs. 1 Satz 2 Landesjagdgesetz (Bildung eines Jagdbeirates und Ernennung einer Kreisjagdmeisterin bzw. eines Kreisjagdmeisters bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen) wird einstimmig zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2011.

Punkt 31 **Änderung Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung;**
hier: Änderung der Zuständigkeiten bei der amtlichen Schlachttier-
und Fleischuntersuchung - Abschluss einer Zweckvereinbarung mit
dem Landkreis Mainz-Bingen gemäß § 12 des Landesgesetzes über
die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) aufgrund Zuständig-
keitsveränderungen nach dem Landesgesetz zur Ausführung des
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts (AGLBR) vom 20. Ok-
ttober 2010 in Verbindung mit der Landesverordnung über Zustän-
digkeiten auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Bedarfsgegen-
ständerechts vom 21. Oktober 2010
Vorlage: 0250/2011

Der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Mainz-Bingen und der kreisfreien Stadt Mainz im Hinblick auf die gemeinsame Wahrnehmung vorgenannter Aufgaben sowie der Anwendung der Satzung über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften vom 11.03.2003 der Kreisverwaltung Mainz-Bingen wird einstimmig zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2011.

Punkt 32 **Verstärkung des Kinderschutzes im Arbeitsbereich Vormundschaften und Pflegschaften**
hier: Aufstockung des Personals um zwei Stellen
Vorlage: 2309/2010

Auf Grund der Beschlussfassungen zum Haushalt 2011/2012 ist die Verwaltungsvorlage als erledigt zu betrachten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.12.2010.

Punkt 33 **Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013**
Vorlage: 0063/2011

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes beantragt Frau Rößner für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, die Vorlage in eine Sondersitzung des Schulträgerausschusses zur

abschließenden Entscheidung zu überweisen, da zu dieser Vorlage noch Beratungsbedarf bestehe.

Diesem Antrag stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.01.2011.

Punkt 34 **Namensgebung für Realschule plus Altstadt**
Vorlage: 0021/2011

Die Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –, dass der Realschule plus Altstadt der Name „Anne-Frank-Realschule plus Mainz“ verliehen wird.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.01.2011.

Punkt 35 **2. Änderung Sanierungsgebiet "Gaustraße"**
2. Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Gaustraße" gemäß § 142 BauGB
Vorlage: 0060/2011

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gemäß §142 BauGB die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Gaustraße" vom 27.01.1998 zum Zwecke der Erweiterung um das Anwesen Gaustraße 43, Flurstück 296, Flur 6, Gemarkung Mainz. Die Sanierung ist bis zum 31.12.2012 durchzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2011.

Punkt 36 **Bebauungsplanentwurf "Gonsbachtal - 1. Änderung (G 90/1.Ä)"**
hier: Aufstellungsbeschluss zur Planänderung gemäß § 2 Abs. 1
BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB
Vorlage: 0048/2011

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes gibt Herr Dr. Moseler zu Protokoll, dass das Abstimmungsverhältnis im Bau- und Sanierungsausschuss falsch wiedergege-

ben sei und bittet um entsprechende Korrektur in der Sitzungsniederschrift dieses Gremiums.

Der Stadtrat beschließt sodann mehrheitlich (zwei Gegenstimmen, zwei Enthaltungen) zu dem Bebauungsplanentwurf "Gonsbachtal - 1. Änderung (G 90/1.Ä)" den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2011.

Punkt 37

Bebauungsplanverfahren "Seniorenzentrum Lerchenberg (Le 1)"

hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss

- Planstufe I

- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß

§ 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren

Vorlage: 0058/2011

In einer Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt bemängelt Stadtratsmitglied Schöning, dass der Vorlage die Stellungnahme des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg nicht beigelegt sei. Der Vorsitzende sagt zu, dass diese Stellungnahme den Ratsmitgliedern nachgereicht werde. Nach mündlicher Darstellung des Sachverhaltes durch Frau Beigeordnete Grosse, wonach die Stellungnahme des Ortsbeirates nicht Bestandteil der Verwaltungsvorlage sei, bittet Herr Dr. Moseler auf Grund der entstandenen Irritationen, dieses Thema, das auch zum Thema „Beteiligung der Ortsbeiräte“ gehöre, in der nächsten Sitzung des Ältestenrates aufzurufen. Der Vorsitzende sagt dies zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, beschließt der Stadtrat einstimmig – bei vier Enthaltungen – zum o. g. Bebauungsplanverfahren

- den erneuten Aufstellungsbeschluss,
- auf der Grundlage des modifizierten städtebaulichen Konzeptes die Vorlage in Planstufe I,
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.01.2011.

Punkt 38

Bauleitplanverfahren "He 111" (Aufstellungsbeschluss)

Bebauungsplanverfahren "Im Zuckergarten/Neben dem Pfädchen (He 111)"

hier: - Erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 0264/2011

Vor Eintritt in die Beschlussfassung bittet Frau Groden-Kranich darauf zu achten, dass sich Jakob Braunwarth am Ende mit „th“ schreibe.

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig zum o. g. Bebauungsplanverfahren

- den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2011.

Punkt 39 **Wirtschaftsplan 2011**
des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
Vorlage: 1684/2010/2

Vor Eintritt in die Beschlussfassung weist Oberbürgermeister Beutel darauf hin, dass auf Seite 6 der Vorlage folgende Korrekturen durchzuführen sind:

Die Zinsen für die Investitionskredite betragen 4.706.884,00 €, die Zinsen für die Kredite zur Liquiditätssicherung betragen 80.000,00 €.

Der Stadtrat beschließt sodann ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen den als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2011 einschließlich der vorstehenden Korrektur.

Punkt 40 **Investitionsprogramm 2010 - 2014**
des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
Vorlage: 1683/2010/2

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm der Gebäudewirtschaft Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2011.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 41 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**
Vorlage: 0001/2011

Der Stadtrat beschließt einstimmig die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und nimmt Kenntnis von der Besetzung sonstiger Gremien:

1. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Vertretung der Elternschaft der Realschulen plus

Leander Borg

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Vertretung der Elternschaft der IGS als Nachfolgerin von Hr. Heinrichs

Sabine Maskow

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von Hr. Stemmann

Dr. Hermann Stauffer

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Arbeitsgruppe Kindertagesbetreuung des JHA

(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag des Caritas-Verbandes wird als Nachfolgerin von Hr. Meyer

Barbara Thum-Gerth

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Arbeitsgruppe Jugendhilfe und Schule

(10 25 07 / 33-23)

Auf Vorschlag Caritas-Verbandes wird als Nachfolger von Fr. Wiprich

Ulrich Gerth

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag des ASB wird als Nachfolgerin von Frau Hentges

Gudrun Reiß (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

6. Mitgliederversammlung VHS

(10 25 07 / 102-1)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler entsendet die Stadt Mainz als Nachfolger von StRM Eegner

StRM Walter Konrad.

7. Vorstand der VHS

(10 25 07 / 102)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler entsendet die Stadt Mainz als Nachfolger von StRM Eegner

StRM Walter Konrad.

8. Kuratorium zur Vergabe des Gutenberg-Preises

(10 25 07 / 101)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler entsendet die Stadt Mainz als Nachfolger von StRM Eegner

Kurt Mehler.

9. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion werden als Nachfolgerin von Frau Zehe-Clauß

StRM Kerstin Bub **sowie**

StRM Ulrike Faßbender (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

10. Werkausschuss GWM

(10 25 07 / 156)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

Peter Strokowsky

in das o. g. Gremium gewählt.

11. Bau- und Sanierungsausschuss

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

Peter Strokowsky

in das o. g. Gremium gewählt.

12. Jury Vergabe V.-O.-Stomps-Preis

(10 25 07 / 71)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion entsendet die Stadt Mainz als Nachfolgerin von StRM Willius-Senzer

StRM Ulrike Faßbender.

13. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

Christian Hensen

in das o. g. Gremium gewählt.

14. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

Christian Hensen

in das o. g. Gremium gewählt.

15. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als zusätzliche Stellvertretung

Paul Laib

in das o. g. Gremium gewählt.

16. AG Kindertagesbetreuung des JHA

(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion werden als Nachfolgerin von Frau Zehe-Clauß

StRM Kerstin Bub sowie

StRM Ulrike Faßbender (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

17. AG Jugendhilfe und Schule des JHA

(10 25 07 / 33-23)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion werden als Nachfolgerin von Frau Zehe-Clauß

StRM Kerstin Bub sowie

StRM Ulrike Faßbender (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.02.2011.

Ende der Sitzung: 22:40 Uhr

gez. Jens Beutel
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schrifführung